Ein Labor der Mehrsprachigkeit

Plurikulturelle Koexistenz in der Schweiz und in Europa

Bernhard Altermatt*

» Während des 19. und 20. Jahrhunderts lieferten sich Europas Länder im Namen nationaler Interessen und nationalistischer Ansprüche zahlreiche Kriege, die oft auch einen sprachlich-kulturellen Hintergrund aufwiesen.

Diversité linguistique et Etat fédéral

Le multilinguisme caractérise de nombreux pays, comme la Suisse, la Belgique, le Canada et bien d'autres. Ces derniers constituent des laboratoires de la coexistence, de la pratique et de l'apprentissage des langues. B. A.

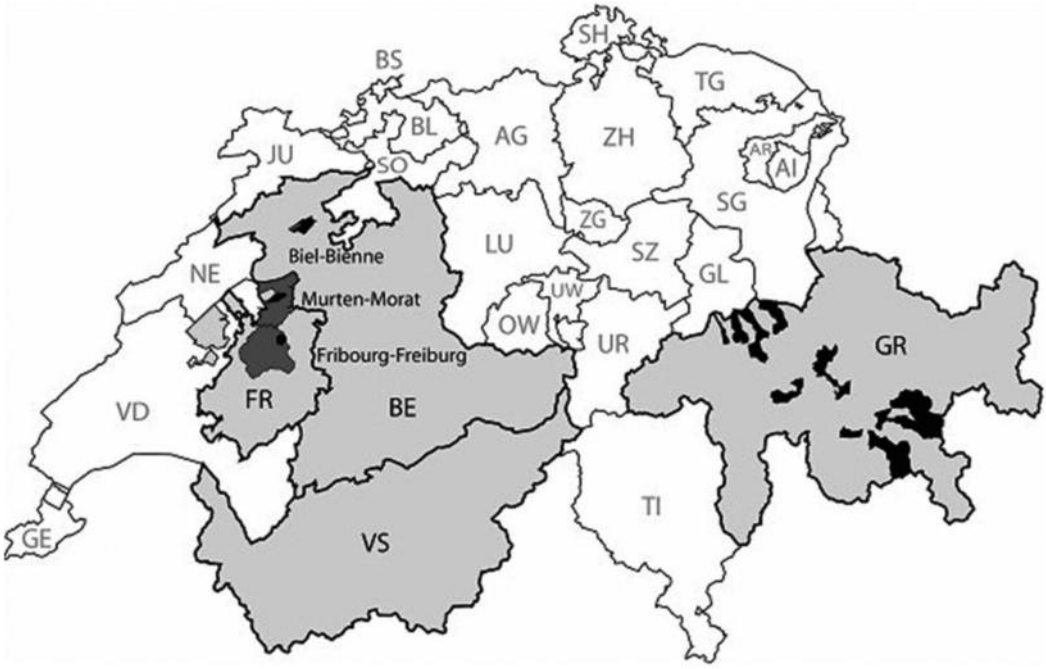
Zwar ist nach 1989 weder der von Samuel P. Huntington heraufbeschworene *„Kampf der Kulturen"* im befürchteten Ausmaß eingetreten, noch ist ein baldiges *„Ende der Geschichte"* abzusehen, wie dies von Francis Fukuyama prophezeit wurde. Trotzdem betrachtete man in Europa die kulturelle Vielfalt lange als selbstverständliche Nebensächlichkeit, mit der sich Gesellschaft, Politik und Wissenschaft nicht eingehend zu befassen hätten.

Erst das fortdauernde Bestehen sprachlich-kultureller Identitäten und das Auftreten neuer ethno-nationaler Konflikte haben in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit auf dieses Grundmerkmal der Kultur Europas gelenkt. Jugoslawien, ein europäisches Land ohne gefestigte demokratische Institutionen, glitt erstaunlich rasch in einen Teufelskreis der religiös-kulturellen Selbstzerfleischung und ethnischen Säuberung ab, als die kommunistische Klammer mit dem dominierenden Führer Josip Broz Tito schwächer wurde und schließlich ganz verschwand. Die zerstörerische Kraft von interkulturellen Konflikten bleibt bis in die jüngste Gegenwart offensichtlich – auch ohne alle anderen im Namen einer Nation, Sprache, Religion oder Ethnie ausgefochtenen Kriege und Konflikte aufzuzählen.

Umso wichtiger ist die Feststellung, dass die durch Bevölkerungsbewegungen über Jahrhunderte gewachsene oder erst kürzlich entstandene multikulturelle Koexistenz der verbreitete Normalfall auf allen fünf Kontinenten der Welt bleibt. Trotz des Strebens nach ethnisch-nationaler Homogenität und Hegemonie bleiben Multikulturalität und Mehrsprachigkeit zentrale Merkmale der europäischen und internationalen Staatenwelt. In allen Weltregionen bestehen bis heute mehrsprachige Länder, und der Umgang mit kultureller Vielfalt findet zunehmend Beachtung durch politische Führungsschichten, durch die Zivilgesellschaft und die wissenschaftliche Forschung. Die von Jacques Leclerc an der *Université Laval* in Québec erstellte Datenbank zu Sprachgesetzgebung und Minderheitenschutz in über 200 Ländern und knapp 400 subnationalen Gebieten legt ein eindrückliches Zeugnis dieser real existierenden Plurikulturalität und Sprachenvielfalt ab.

Durch die zunehmende Immigration und die wachsende Mobilität verstärkt sich die kulturelle, sprachliche und religiöse Bevölkerungsdurchmischung fast aller Staaten laufend. Dabei dürfte trotz auftretender Schwierigkeiten das Integrationspotential der betroffenen Länder, auch in Europa, noch lange nicht ausgeschöpft sein. Die unterschiedlichen Bevölkerungsanteile zugewanderter Einwohner und die stark voneinander abweichen-

* Bernhard Altermatt arbeitet am Zentrum für Europastudien der zweisprachigen Universität Fribourg-Freiburg (Schweiz), wo er im Bereich der politischen Geschichte der Schweiz und Europas forscht und lehrt.



Gestaltung: B. Altermatt; Hintergrund: Bundesamt für Statistik BFS

Die Schweizer Kantone mit zwei oder mehreren Amtssprachen sind hellgrau eingefärbt (FR, BE, VS und GR). Die dunklen Schattierungen bezeichnen die mehrsprachigen Verwaltungsbezirke und Gemeinden, darunter die drei westschweizerischen Städte Freiburg und Murten (FR) sowie Biel (BE).

den nationalen Integrationspolitiken können als Indikator für dieses bestehende Potential gelten. Bei allen Schwierigkeiten und Herausforderungen, die von ihr ausgehen, bildet die Koexistenz verschiedener Kulturen und Sprachen eine soziale und politische Wirklichkeit, die in zahlreichen Fällen reibungsarm, wenn auch nicht immer konfliktfrei funktioniert.

Die Schweiz als mehrsprachiges Land

Mitten in Westeuropa liegt, neben anderen mehrsprachigen Staaten wie Belgien und Luxemburg, die Schweizerische Eidgenossenschaft (*Confédération suisse – Confederazione Svizzera – Confederaziun svizra*) mit ihren vier historischen Sprachgruppen: einer deutschsprachigen Mehrheit von ca. 65 %, einer französischsprachigen Gemeinschaft von etwas mehr als 20 %, einer italienischsprachigen Minderheit von 6,5 % sowie einer kleinen Gruppe Rätoromanen von weniger als 1 %. Ein knappes Zehntel der Bevölkerung gab in der letzten vollständigen Volkszählung im Jahr 2000 eine andere, nicht-schweizerische Hauptsprache an. Obwohl die Schweiz die Mehrsprachigkeit in ihrer (nationalen) Bundesverfassung anerkennt, war die rechtliche Stellung der verschiedenen Sprachen nie von vollständiger Gleichheit gekennzeichnet. Aufgrund ihres föderalen Staatsaufbaus als Bundesstaat praktiziert die Schweiz eine Sprachenpolitik, die weitgehend auf dem Territorialitätsprinzip beruht. In diesem sprachenpolitischen Modell ist die Geltung von Sprachengesetzen und Minderheitenrechten auf bestimmte geografische Regionen oder auf bestimmte politische und administrative Gebietseinheiten innerhalb des Staates beschränkt. Dies führt zur Anerkennung von unterschiedlichen Amtssprachen in verschiedenen Gebieten. Als Folge davon ist in den meisten Regionen der Schweiz die amtliche Einsprachigkeit die Regel, obwohl wichtige Ausnahmen von diesem Grundmodell bestehen.

Wie in Belgien, Kanada und vielen anderen mehrsprachigen Ländern wird in der Schweiz das sprachliche Territorialitätsprinzip auf eine Art und

Weise angewendet, die den segregierenden Effekt und die homogenisierende Tendenz, die dem Prinzip ansonsten in Sprachgrenzregionen eigen ist, örtlich abschwächt und teilweise vermeidet.

Bei näherer Betrachtung lässt sich die schweizerische Sprachenpolitik deshalb am besten mit dem Konzept der differenzierten Sprachenterritorialität charakterisieren: Neben 22 einsprachigen Kantonen umfasst der schweizerische Bundesstaat vier sprachlich gemischte Bundesglieder, in denen 1,8 von insgesamt 8 Millionen Einwohnern leben (2012). Es handelt sich dabei um die Kantone Freiburg (Fribourg FR) und Wallis (Valais VS) mit einer frankophonen Mehrheit und einer deutschsprachigen Minderheit, um Bern (Berne BE) mit umgekehrten Sprachenverhältnissen und um Graubünden (Grischun, Griggioni GR), wo eine deutschsprachige Mehrheit sowie eine rätoromanische und eine italophone Minderheit koexistieren. Alle anderen Kantone sind einsprachige Gebiete: französischsprachig im Westen mit Genf (Genève GE), Waadt (Vaud VD), Neuenburg (Neuchâtel NE) und Jura (JU), italienischsprachig im Süden mit dem Tessin (Ticino TI) und deutschsprachig im Norden und Osten.

Ähnlich wie der eidgenössische Bund mit seinen vier Nationalsprachen und drei bzw. vier Amtssprachen, kennen die vier mehrsprachigen Kantone zwei – in einem Fall drei – offizielle Amtssprachen. Diesen Sprachen wird gleiche Anerkennung und proportionale Behandlung auf kantonaler Ebene zuteil, und sie finden auf lokaler Ebene gemäß dem Territorialitätsprinzip Verwendung. Auf den unteren Stufen der schweizerischen Staatsstruktur wird somit die „Politik der differenzierten Territorialität" reproduziert, was wiederum zum Bestehen von zweisprachigen Verwaltungsbezirken und Gemeinden führt. Gemessen am sprachenrechtlichen Status und an der administrativen Praxis der Gemeinden, gibt es in den Kantonen Freiburg und Bern drei gemischte Bezirke und drei offiziell zweisprachige Städte. In Graubünden sind zwei Dutzend kleinere Gemeinden entweder de facto zweisprachig oder kennen sonst eine Form der administrativ-politischen Mehrsprachigkeit. Im Wallis ist die örtliche deutschsprachige Minderheit in einzelnen größeren Gemeinden teilweise anerkannt.

Eine bildungspolitische Herausforderung

Neben der prekären Lage des vom Aussterben bedrohten Rätoromanischen und unterschiedlich intensiven sprachenpolitischen Kontroversen in den gemischtsprachigen Kantonen und Gemeinden, gibt in der Schweiz momentan vor allem die schulische Sprachenpolitik Anlass zu Diskussionen. Dass die Eidgenossenschaft mit diesem Problemfeld nicht alleine steht, zeigt ein Vergleich mit dem ebenfalls mehrsprachigen Belgien, wo Niederländisch, Französisch und Deutsch als Nationalsprachen anerkannt sind. Bildungspolitik in mehrsprachigen Gebieten – d. h. das Analyseobjekt „Unterricht und Sprache" – lässt sich in die folgenden drei Problemkreise gliedern:

1. Die Frage der Schul- und Unterrichtssprache. In zweisprachigen Mischgebieten und Sprachgrenzregionen besteht die größte Herausforderung in der gleichmässigen Berücksichtigung lokaler Minderheiten, was nicht immer und überall gelingt

(man vergleiche beispielsweise das Gebiet um die schweizerische Universitäts- und Kantonshauptstadt Freiburg oder das flämische Umland Brüssels). Die meisten Länder und Regionen behelfen sich mit historisch abgestützten und flexibel angepassten Lösungen, wie z. B. der freien Schulwahl in Belgien oder der ausgeprägten Gemeindeautonomie in der Schweiz. Trotzdem können die föderal-territorialen Strukturen eine möglichst große Anerkennung der Mehrsprachigkeit behindern und sich insbesondere zum Nachteil von mehrsprachigen Stadtagglomerationen auswirken.

2. Der Unterricht in der Zweit- oder Partnersprache. Mehrsprachige Gebiete und Sprachgrenzregionen weisen einen vergleichsweise hohen Standard an Fremdsprachenunterricht auf, wobei auch innerhalb eines Landes große Unterschiede auftreten können. So beginnt z. B. im zweisprachigen Brüssel dieser Unterricht zwei Schuljahre früher als im einsprachigen Flandern und Wallonien. In der Schweiz bestehen teilweise große Differenzen zwischen den in der Bildungspolitik autonomen Kantonen, aber auch hier weisen die gemischtsprachigen Regionen in der Regel einen Vorsprung auf. Wie in Belgien führt in der Schweiz der Föderalismus zu Asymmetrien, Koordinationsmängeln und Konkurrenz zwischen den Regionen. Zudem ist im Vergleich zum zweisprachigen Kanada der innovative Sprachenunterricht (beispielsweise durch partielle Immersion) sehr schlecht ausgebaut, obwohl gerade Modelle des zweisprachigen Unterrichts integrativ auf lokale und regionale Sprachminderheiten wirken könnten.

3. Die schulische Integration fremdsprachiger Immigranten. Die Migration erweitert die traditionelle (autochthone) Mehrsprachigkeit um eine zusätzliche Dimension. Rückwirkungen auf die praktizierte Sprachenpolitik werden nicht zuletzt im Schulwesen mehrsprachiger Städte mit hohem Zuwanderer-Anteil spürbar. Aus dieser Konfrontation von historisch bedingter Zweisprachigkeit und zeitgenössischer Multikulturalität gehen einzelne innovative Schulkonzepte hervor, deren Potential aber bei weitem nicht optimal ausgenützt wird (siehe dazu die Modellversuche in Brüssel und in der Stadt Basel am Dreiländereck Schweiz-Deutschland-Frankreich). Ob mehrsprachige Länder und Gebiete eine besondere Sensibilität im Umgang mit Immigranten oder eine speziell hohe Integrationsfähigkeit entwickeln, lässt sich aufgrund des heutigen Forschungsstands nicht sagen. Zweifelos besteht jedoch am Schnittpunkt von autochthoner und allochthoner Mehrsprachigkeit und Multikulturalität noch ein grosses Entwicklungspotential. Dieses Potential versuchen gemischtsprachige Länder und Regionen nicht zuletzt über die Förderung von zwei- oder mehrsprachigen Bildungsangeboten zu nutzen. So existieren beispielsweise im westschweizerischen Freiburg zweisprachige Schul- und Ausbildungsmodelle vom vorschulischen Bereich (Kindergarten) bis zum postobligatorischen Hochschul-Unterricht. Damit wird, gestützt auf eine historisch gewachsene Realität gemeinschaftlicher Zweisprachigkeit, ein Beitrag an die Bildung mehrsprachiger Bürger Europas geleistet: Bindestrich-Bürger aus Bindestrich-Gebieten, wie sie in der modernen, globalisierten Welt notwendig sind und geschätzt werden.

- Urs Altermatt, *Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa.* Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 1996.
- Bernhard Altermatt, *Organisationsmodelle, Unterrichtssprache und Minderheitenschutz im Schulwesen mehrsprachiger Bundesstaaten.* In: Gilbert Casasus (Hg.), *Comparer ? La comparaison dans les sciences.* Freiburger Sozialanthropologische Studien, Bd. 31; LIT, Berlin, 2011.
- Manuel Meune, *L'implicité et l'intangible : La référence territoriale au Québec et dans le Canton de Fribourg.* Recherches sociographiques, Bd. 45/2, Québec, 2004.
- Nenad Stojanović, *Dialogue sur les quotas. Penser la représentation dans une démocratie multiculturelle.* Presses Sciences Po, Paris, 2013.
- Dagmar Richter, *Sprachenordnung und Minderheitenschutz im schweizerischen Bundesstaat.* Springer, Berlin, 2005.
- Christina Späti, *Sprache als Politikum. Ein Vergleich der Schweiz und Kanadas seit den 1960er-Jahren.* Habilitationsschrift, Universität Freiburg, 2012.